

Aspekte einer Stellungnahme zum Bürgerantrag

Der vorliegende Bürgerantrag gründet sich wesentlich auf zwei Aspekte, einen inhaltlichen, verkehrspolitischen und einen eher allgemeinen, formaldemokratischen Aspekt.:

1. Inhaltlicher Aspekt

Die geänderte Vorfahrtsregelung trägt einer sich stetig ändernden Verkehrssituation in v.a. den Innenstädten Rechnung. Die Visionen der Wirtschaftswunderzeiten von der autogerechten Stadt, in der Fußgänger und Radfahrer oftmals lediglich als störende Faktoren in den Blick gerieten, sind so nicht mehr haltbar und gehören längst der Vergangenheit an.

Ein geändertes Umweltbewusstsein und geänderte Lebensstile führen dazu, Fußgänger und Radfahrer als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer in den anstehenden Planungen zu berücksichtigen. Dies geschieht allerdings längst noch nicht im gewünschten und notwendigen Ausmaß, weil es z.T. mit erheblichen Veränderungen verbunden ist. In diesem Zusammenhang ist es allerdings sehr wichtig, den gewachsenen Erkenntnissen über die umweltfreundlichen Fortbewegungsarten, auch endlich Taten folgen zu lassen. Der hier zur Diskussion stehenden sog. „Freien Wallfahrt“ kommt vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung zu, weil sie den Fußgängern und Radfahrern als umweltfreundlichen Verkehrsteilnehmern ein Vorrecht im innerstädtischen Zentrum einräumt. Die Vorfahrt an 5 Querungsstellen auf dem Wall erkennt an, dass es sich hier um eine wichtige Verkehrsader für Beruf und Freizeit handelt. Das ist gleichsam ein mutiger und richtiger Schritt in die richtige Richtung, der weit über die Grenzen Lemgos hinaus große Beachtung gefunden hat.

Die Richtung besteht darin, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Attraktivität des Fahrradfahrens und Zufußgehens zu steigern. Dass dies in innerstädtischen Strukturen, die jahrzehntelang auf den Autoverkehr ausgerichtet waren und

ein entsprechendes Bewusstsein geschaffen haben nicht leicht ist, zeigt der Antrag, die geänderte Vorfahrtsregelung wieder rückgängig zu machen. Er stellt einen klaren Rückschritt für eine auf die Zukunft gerichtete Verkehrspolitik dar.

Mit dem Ausbau der Engelbert-Kämpfer-Str. ist der Wall als geschlossene Einheit wieder hergestellt worden. An den entsprechenden Querungsstellen der Engelbert-Kämpfer-Str. besteht bereits eine Bevorrechtigung der Fußgänger und Radfahrer. Insofern stellt die seit 2 Jahren bestehende Regelung an der Leopoldstr. und am Slavertor eine konsequente Erweiterung und Vereinheitlichung dar, die, abgesehen von kleineren Vorfällen am Slavertor, übrigens auch ohne die vorhergesagten Unfälle funktioniert. Im Stadtrat wurde am Montag bekannt, dass sich in den vergangenen 5 Jahren nicht weniger als 173 Unfälle mit 17 Schwerverletzten ereignet haben – d.h., rund 35 pro Jahr! Daraus lässt sich schließen, dass es gewichtige Gefahrenstellen in Lemgo gibt, aber eben nicht den Wall. Dies muss man wissen, um die Wallquerungen im Rahmen einer Gesamtschau richtig einordnen zu können. Zu überlegen wären dann Maßnahmen, die das Zufußgehen und Fahrradfahren an allen diesen erkannten Unfallschwerpunkten sicherer gestalten können. Und hier wäre es sinnvoll, auch Fachverbände wie den ADFC oder den Verkehrsclub Deutschland (VCD) anzuhören, die sich für das sichere Miteinander aller Verkehrsteilnehmer im Nahverkehr einsetzen.

Vor diesem inhaltlichen Hintergrund ist das häufig angeführte Kostenargument zwar nicht unerheblich, es fungiert allerdings nicht an erster Stelle der Kritik. Der Ärger um die anfallenden Kosten für die Stadt Lemgo, die sich in einer höchst prekären Finanzsituation befindet, ist sicherlich verständlich und lässt die geforderte Rücknahme der Wallvorfahrt als pure Geldverschwendung erscheinen. Für den vorliegenden Bürgerantrag sind die anfallenden Kosten jedoch nicht das wesentliche Argument, weil es um einen klaren inhaltlichen

Aspekt geht. Alle Argumentationen und Versuche, die Rücknahme der Wallvorfahrt so zu gestalten, dass die Kosten möglichst vermindert oder gar vermieden werden können, lenken von der inhaltlichen Debatte ab und sind deshalb nicht geeignet, der Debatte eine Richtung zu geben.

2. Zum allgemeinen und formalen Aspekt ist festzustellen, dass die zahlreichen Gespräche im Rahmen der Sammlung von Unterschriften das große Interesse der Bürger an dieser Thematik gezeigt haben. Es gibt Befürworter und Gegner. Unabhängig vom jeweiligen Standpunkt wurde aber ein großes Unbehagen über die Art und Weise deutlich, wie die Entscheidung herbeigeführt wird. Die Wallvorfahrt ist für sehr viele Bürgerinnen und Bürger Teil ihres Alltags, sie sind im wahrsten Sinne des Wortes betroffen und möchten an solchen Entscheidungen partizipieren. Mit dem Hinweis auf eine 7:6 Entscheidung im entsprechenden parlamentarischen Gremium wird man diesem Bedürfnis nicht gerecht. Hinzugefügt sei, dass dieses Gremium offensichtlich nicht einmal zuständig ist – das Aktionsbündnis Wall hat auf jeden Fall die Kommunalaufsicht eingeschaltet. Die vorliegenden Unterschriften sollten deshalb als deutlicher Hinweis verstanden werden. Es geht nicht darum die parlamentarischen Gremien in Frage zu stellen. Bürgerinnen und Bürger wollen und können Dinge beurteilen und möchten sich inhaltlich in die Diskussionen einbringen können. Die Auseinandersetzung auf lediglich parteipolitischer Ebene trifft nicht mehr die Erwartungen. Die Politik sollte die Frage um die Wallvorfahrt auch als Chance begreifen und nutzen, nach neuen Wegen und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu suchen.